Weiterbildung für alle möglich machen - Aufstiegs-BAföG jetzt grundlegend reformieren

Drucksache **21/2562** · eingebracht 2025-11-05 — Antragsteller: **GRÜNE**

Bildung | Arbeitsmarkt | Soziales | Care-Arbeit

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert eine umfassende Reform des Aufstiegs-BAföG, um Weiterbildung für alle zugänglich zu machen — insbesondere für Teilzeitlernende, Care-Arbeitende und Strukturwandelsbetroffene — durch Teilzeitöffnung, Vollzuschuss für Meisterausbildung, erhöhten Kinderbetreuungszuschlag und bedarfsgerechte Unterhaltsregelung.

KERNFORDERUNGEN

- Teilzeitöffnung des Unterhaltsbeitrags
- Kopplung an BAföG-Bedarfssatz
- Erweiterung auf gleichwertige Fortbildungen
- Erhöhung des Kinderbetreuungszuschlags auf 250 €
- Kostenfreie Meisterausbildung als Vollzuschuss

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag stärkt systematisch soziale Gerechtigkeit (D4) durch Teilhabe an Weiterbildung unabhängig vom Einkommen oder Care-Verpflichtungen, fördert ökologische Nachhaltigkeit (E3) indirekt über Qualifizierung für grüne Berufe und digitale Transformation, und stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch inklusive Zugänge. Er berührt Menschenwürde (D1) durch Anerkennung lebenslangen Lernens als Grundrecht und Solidarität (D2) durch kollektive Investition in menschliche Potenziale. Kein Feld weist negative Bewertung auf.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Starke Verankerung in GWÖ-Werten Solidarität und soziale Gerechtigkeit
- Konkrete, umsetzbare Maßnahmen mit klarer Zielgruppenorientierung
- Empirische Fundierung durch aktuelle Studien (BIBB, IW)
- Systemische Perspektive auf Care-Arbeit und Strukturwandel

Schwächen

- Keine explizite Verknüpfung mit ökologischer Transformation (z.B. Förderung grüner Kompetenzen)
- Keine Regelung zur Beteiligung von Gewerkschaften und Betriebsräten bei der Umsetzung (D5)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	++	++	·	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	+	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D2 **Solidarität: Gemeinwohlorientierte Bildungsförderung** Bewertung: +5

Kostenfreie Meisterausbildung, Kinderbetreuungszuschlag, Teilzeitöffnung — alles zur Stärkung des Gemeinwohls

D4 **Soziale öffentliche Leistung** Bewertung: +5

Reform zielt auf Chancengleichheit, Armutsprävention und soziale Teilhabe durch Bildung

D1 **Menschenwürde: Recht auf Bildung als Grundrecht** Bewertung: +4

Anerkennung von Weiterbildung als humanistisches Bildungsziel und Schutz vor struktureller Ausgrenzung

D5 **Transparenz & Mitbestimmung: Partizipative Bildungspolitik** Bewertung: +4

Öffnung für Care-Arbeitende, Strukturwandelsbetroffene, Teilzeitlernende — inklusive Gestaltung

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 7/10

Der Antrag entspricht der CDU-Forderung nach Anpassung des Aufstiegs-BAföG an den technologischen Wandel ([Q11]) und nach Förderung beruflicher Fortbildung im Handwerk. Allerdings fehlt die CDU-typische Betonung der Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft; stattdessen steht kollektive Absicherung im Vordergrund.

> „Aufstiegs-BAföG dem technologischen Wandel anpassen. Gerade im Handwerk braucht Deutschland Fachkräfte."
> CDU Wahlprogramm Bundestagswahl 2025, S. 69

PARTEIPROGRAMM 6/10

Die CDU betont Arbeit als solidarische Verpflichtung ([Q16]), aber das Konzept eines Vollzuschusses ohne Rückzahlungsverpflichtung widerspricht ihrem Prinzip der Eigenverantwortung. Dennoch wird Weiterbildung als gesellschaftliche Aufgabe anerkannt ([Q19]).

> „Wir wollen, dass Ausbildungsberufe die gleiche Wertschätzung wie akademische Berufe erhalten"
> CDU Grundsatzprogramm 2024, S. 48

CSU

WAHLPROGRAMM 7/10

Identisch mit CDU-Wahlprogramm; [Q21] und [Q22] belegen Übereinstimmung mit Anpassung des Aufstiegs-BAföG und Förderung beruflicher Orientierung. Die CSU teilt die Zielrichtung, jedoch nicht die konsequente Entlastung von Care-Arbeitenden.

> „Aufstiegs-BAföG dem technologischen Wandel anpassen. Gerade im Handwerk braucht Deutschland Fachkräfte."
> CSU Wahlprogramm Bundestagswahl 2025, S. 69

PARTEIPROGRAMM 6/10

Keine eigenständigen CSU-Grundsatzprogramm-Quellen im Kontext; Bewertung erfolgt analog CDU. Keine Widersprüche, aber keine explizite Deckung aller Reformpunkte (z.B. Vollzuschuss).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 2/10

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Positionen: Förderung von Care-Arbeit, staatlicher Vollzuschuss und Teilzeitöffnung stehen im Gegensatz zum AfD-Prinzip der Eigenverantwortung und Ablehnung von 'Subventionen' ([Q20]). Auch die Fokussierung auf Strukturwandel widerspricht ihrer Ablehnung der Energiewende.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 1/10

Keine passenden Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag deckt sich nahezu vollständig mit der SPD-Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Weiterbildung und beruflichen Neustart ([Q27]), der Stärkung des BAföG ([Q28]), und der Bekämpfung des Gender Pay Gap durch bessere Teilhabe ([Q27]). Der Kinderbetreuungszuschlag korrespondiert mit der SPD-Betonung von Care-Arbeit als gesellschaftliche Aufgabe ([Q27], [Q4]).

> „Unser Ziel ist ein Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart in allen Lebensphasen."
> `SPD Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 14`

PARTEIPROGRAMM 9/10

Das Hamburger Programm verankert Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems ([Q31]) und fordert ein Recht auf Weiterbildung ([Q32]), finanzielle Sicherstellung ([Q31]) und Freistellungsansprüche — alles direkt adressiert im Antrag. Die Ausweitung auf Teilzeit und Care-Arbeit entspricht der sozialdemokratischen Vorstellung von „Erwerbsbiografien“ ([Q32]).

> „Weiterbildung in der lernenden Gesellschaft Für die lernende Gesellschaft wollen wir die Weiterbildung zur vierten Säule unseres Bildungssystems ausbauen."
> `SPD Grundsatzprogramm 2007, S. 66`

GRÜNE

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag ist wörtlich aus dem Grünen Regierungsprogramm 2025 abgeleitet: Die Forderung nach Weiterbildung als Schlüssel gegen Strukturwandel ([Q6]), die Ausweitung auf Care-Arbeitende ([Q4]), die Förderung von Teilzeit und Inklusion ([Q3], [Q7]) sowie die Betonung von Alphabetisierung und Grundbildung ([Q5]) sind alle direkt abgebildet.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

10/10

Alle Kernforderungen spiegeln das Grundsatzprogramm wider: Rechtsanspruch auf Weiterbildung ([Q6]), Anerkennung von Brüchen im Werdegang ([Q7]), inklusives Lernen ([Q9]), und Öffnung für Menschen mit Behinderung ([Q10]). Die Betonung von Care-Arbeit ([Q4]) und Sprachbildung ([Q3]) unterstreicht die systemische Gerechtigkeitsperspektive.

> „Die Veränderung der Arbeitswelt verlangt den Menschen viel ab: Flexibilität, Umstellung, Anstrengung. Es braucht einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Umschulung, die solidarisch finanziert werden."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 87

> „Es braucht einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Umschulung, die solidarisch finanziert werden."
> Grüne Grundsatzprogramm 2020, S. 87

LINKE

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

3/10

Der Antrag widerspricht dem FDP-Prinzip der Eigenverantwortung und marktwirtschaftlichen Steuerung ([Q20]). Die Forderung nach Vollzuschuss, Kostenfreiheit und staatlicher Unterhaltsförderung steht im Kontrast zur FDP-Position, dass 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' steht. Lediglich die Digitalisierungskomponente findet partielle Resonanz.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

Keine passenden Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: der Unterhaltsbeitrag nach § 10 AFBG wird für Aufstiegsfortbildungen, die in Teilzeit absolviert werden, geöffnet.

der Unterhaltsbeitrag nach § 10 AFBG wird für alle Aufstiegsfortbildungen, auch in Teilzeit, geöffnet — mit automatischer Anpassung an den wöchentlichen Stundenumfang;

Begründung: Stärkt GWÖ-Feld D5 (Mitbestimmung) durch klare, transparente Regelung und D4 (soziale Gerechtigkeit) durch echte Teilhabe für Care-Arbeitende.

Vorschlag 2 von 3

Original: der Kinderbetreuungszuschlag nach § 10 AFBG wird auf 250 Euro pro Monat angehoben;

der Kinderbetreuungszuschlag nach § 10 AFBG wird auf 350 Euro pro Monat angehoben und pauschal für jedes Kind bis 14 Jahre gewährt;

Begründung: Verbessert direkte Unterstützung für Care-Arbeitende (GWÖ-Feld D2/Solidarität und D4/soziale Gerechtigkeit), da 250 € unter dem tatsächlichen Durchschnittspreis für Kitas liegt.

Vorschlag 3 von 3

Original: die Meisterausbildung sowie gleichgestellte Weiterbildungen an Fachschulen und -akademien werden kostenfrei für die Teilnehmer*innen, indem der Darlehensanteil vollständig entfällt und das AFBG als Vollzuschuss zu sämtlichen Fortbildungs-, Material- und Prüfungskosten gezahlt wird.

die Meisterausbildung sowie gleichgestellte Weiterbildungen an Fachschulen und -akademien werden **kostenfrei für alle Teilnehmer*innen — inklusive einer Pauschale für digitale Endgeräte und Lernsoftware**;

Begründung: Berücksichtigt digitale Teilhabe als Voraussetzung für moderne Weiterbildung (GWÖ-Feld D1/Menschenwürde und D5/Transparenz & Mitbestimmung).

Original-Antrag

Drucksache 21/2562

Weiterbildung für alle möglich machen - Aufstiegs-BAföG jetzt grundlegen·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Deutscher Bundestag **Drucksache 21/2562**

21. Wahlperiode 05.11.2025

Antrag

der Abgeordneten Dr. Anja Reinalter, Misbah Khan, Denise Loop, Ulle Schauws, Nyke Slawik, Ayse Asar, Claudia Müller, Sandra Stein und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weiterbildung für alle möglich machen – Aufstiegs-BAföG jetzt grundlegend reformieren

Der Bundestag wolle Beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Weiterbildung ist einer der zentralen Schlüssel, um die großen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen die deutsche Volkswirtschaft und der Arbeitsmarkt stehen. Laut Institut der deutschen Wirtschaft betrug die Fachkräftelücke 2024 rund 487.000 und wird aufgrund des demografischen Wandels tendenziell steigen (www.iwkoeln.de/studien/alexander-burstedde-jurek-tiedemann-allgemeine-trendabschwaechung.html). Dieser Fachkräftemangel bremst den wirtschaftlichen Aufschwung aus: Eine Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zeigt, dass wirtschaftliches Wachstum nur gelingt, wenn mehr Menschen bessere Qualifikationen erwerben (www.bibb.de/dienst/publikationen/de/19940).

Zugleich verzeichnet das ifo-Beschäftigungsbarometer (August 2025) einen zunehmenden Stellenabbau, vor allem in Industrie und Handel. Die Anforderungen an das Wissen und die Kompetenzen von Arbeitnehmer*innen steigen, z. B. durch Digitalisierung und neuen disruptiven Innovationen wie Künstlicher Intelligenz. Weiterbildung ist gleichzeitig ein wirksamer Schutz vor Arbeitslosigkeit und eine Chance, neue Karrierewege zu gehen und persönliche Talente und Potenziale zu entfalten. Sie ist damit nicht nur ein effektives Instrument gegen den Strukturwandel, sondern auch eine zentrale Säule des humanistischen Bildungsideals.

Doch die Weiterbildung steht hierzulande vor enormen Herausforderungen: Zwar hat die Corona-Pandemie die Professionalisierung und Digitalisierung der Angebote vorangebracht, doch Weiterbildungseinrichtungen haben weiterhin große Schwierigkeiten, genügend qualifiziertes Personal zu finden. Die Weiterbildungsaktivität von Betrieben ist merklich gesunken und die Teilnahme an Weiterbildung bleibt stark vom sozialen Hintergrund abhängig. Laut dem Nationalen Bildungsbericht 2024 stagniert oder sinkt die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen. Mit 8 Prozent der 25- bis 64-Jährigen liegt die Teilnahmequote an Weiterbildungsmaßnahmen deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 12 Prozent (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2023/PD23_42_p002.html). Die häufigsten Gründe, warum interessierte Personen nicht an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, sind Zeitmangel, familiäre Verpflichtungen, insbesondere Care-Arbeit, betriebliche Gründe und zu hohe Kosten (vgl. OECD Bildung auf einen Blick 2024, S.126).

Hier setzt das sogenannte Aufstiegs-BAföG (AFBG) an. Seit 30 Jahren eröffnet es Menschen in der beruflichen Bildung die Möglichkeit, eine Aufstiegsfortbildung zu absolvieren, die ansonsten hierzu nicht in der Lage wären. Obwohl sich das AFBG seit Jahren großer Beliebtheit erfreut, wird es der Lebensrealität vieler potenzieller Empfänger*innen nicht mehr gerecht, da es oft nicht mit ihrem Lebensmodell vereinbart ist und die Förderhöhe zum Leben nicht ausreicht. Der Bundesrat forderte bereits 2023 auf Initiative des Freistaates Bayern in seiner Entschließung „Für eine kostenfreie Meisterfortbildung“ die „Kostenfreiheit für Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Weiterbildung zum Meister sowie zu gleichgestellten Weiterbildungen“ (www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2022/0601-0700/675-22(B).pdf?__blob=publicationFile&v=1).

Mit einer gezielten Reform kann das Aufstiegs-BAföG für mehr Menschen geöffnet und den dynamischen Anforderungen des Arbeitsmarktes angepasst werden. Davon würden vor allem Menschen mit Care-Verpflichtungen und Arbeitnehmer*innen in von Strukturwandel betroffenen Branchen profitieren. So wird das AFBG zu einem effektiven Bildungsförderinstrument gegen den Strukturwandel und stärkt den Wohlstand, indem es die Schaffenskraft und Kreativität vieler tausend Menschen zur Entfaltung bringt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Reform des Aufstiegs-BAföG vorzulegen, der folgende Punkte beinhaltet:

1. der Unterhaltsbeitrag nach § 10 AFBG wird für Aufstiegsfortbildungen, die in Teilzeit absolviert werden, geöffnet. Die Höhe des Unterhaltsbeitrags richtet sich dabei nach dem gemittelten wöchentlichen Stundenumfang der Fortbildung;
2. der Unterhaltsbeitrag nach § 10 AFBG wird an den Bedarfssatz in § 13 Absatz 1 Nummer 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes gekoppelt;
3. auch Fortbildungen, die zu einer Qualifikation auf derselben Fortbildungsstufe gemäß den §§ 53 und 54 BBiG oder den §§ 42 und 42a HwO bzw. Kompetenzniveau gemäß DQR führen, werden für eine Förderung mit dem AFBG geöffnet;
4. der Kinderbetreuungszuschlag nach § 10 AFBG wird auf 250 Euro pro Monat angehoben;
5. die Meisterausbildung sowie gleichgestellte Weiterbildungen an Fachschulen und -akademien werden kostenfrei für die Teilnehmer*innen, indem der Darlehensanteil vollständig entfällt und das AFBG als Vollzuschuss zu sämtlichen Fortbildungs-, Material- und Prüfungskosten gezahlt wird.

Berlin, den 4. November 2025

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333